

Wiener Wirtschafts- und Sozialhistoriker Rupert Pichler an vielen wirtschaftshistorischen Darstellungen zu Recht moniert, ist Bonoldis Buch in jeder Hinsicht gefeit.

„La fiera e il dazio“ beginnt mit einer kritischen Revision der Historiographie Tirols und einer Analyse der Motive für die bislang unzureichende Behandlung des Fragenkomplexes „Zoll und Messe“. Der Grund dafür liege – so Bonoldi – neben geringer wirtschaftshistorischer Kompetenz der Tiroler Landesgeschichte, auch im nationalistisch getrüben Blick auf die Bozner Messen, die wegen der Kopräsenz deutschsprachiger und italienischer Kaufleute entweder als Beleg der *italianità* Bozens oder als national suspekt galten.

Der Beschreibung des Messestandorts Bozen folgt eine Darstellung der zollpolitischen Verhältnisse Tirols und der Hochstifte Trient und Brixen zur Mitte des 18. Jahrhunderts, entlang der Haupt- und Sekundärverbindungen des Landes. Die Mischung vielfältiger Grenz- und Binnenzölle war für das Ärar zwar einträglich, behinderte jedoch den Warenverkehr und wurde mittels Kontrabande, in geringerem Maß auch durch Korruption von Zollbeamten vielfach umgangen. Einfallstor für Schmuggelgut war vorab das Hochstift Trient, das direkt an die Republik Venedig grenzte und seinerseits eine offene Grenze zur Grafschaft Tirol hatte. Von der venetianischen *terraferma* gelangten jährlich ungezählte Warenballen mit Textil- und Wollprodukten auf Trienter Gebiet, von dort unbehindert weiter auf die Märkte Tirols.

Auch die allmähliche Umschichtung der Verkehrs- und Warenströme durch Tirol im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts ist ausführlich berücksichtigt: Die beherrschende Stellung der Nord-Süd-Route entlang der Achse Innsbruck-Brenner-Bozen-Trient wurde – wie bereits von Hassinger festgestellt – durch die Konkurrenz der schrägen Ost-West-Verbindung entlang der Strecke Villach-Spittal-Lienz-Pustertal-Brenner zunehmend in Frage gestellt. Der Erfolg der Pustertaler Route ging auf den Aufstieg von Triest zurück, dessen Bedeutung als Stapelplatz für Levante-Importe seit der Erhebung zum Freihafen (1729) stetig anwuchs. Die Pustertaler Straße stellte Bozens zentrale Rolle als Verkehrszentrum zwar nicht grundlegend in Frage, diente jedoch als brauchbare Alternative zur Brennerroute und zum Weg über die Messestadt.

Chronologisches Kernstück von „La Fiera e il Dazio“ sind die gut 40 Jahre zwischen dem Ende des Österreichischen Erbfolgekrieges 1748 und dem Regierungsantritt Leopolds II. 1792. Ihr Auftakt ist das Einschwenken der Wiener Regierung auf den ökonomischen Kurs des „Universalkommerzes“, der wachsenden Integration der bislang durch Zollbarrieren

getrennten österreichischen Erbländer zur Hebung der Wirtschafts- und Steuerkraft der Gesamtmonarchie.

Für die Sisyphusarbeit der Vereinheitlichung wirtschaftspolitischer und administrativer Rahmenbedingungen dient Tirol als eindringliches Fallbeispiel: Eine erste Zollreform 1751 kam nur abgeschwächt zum Tragen; eine zweite Reformphase folgte im Zeitraum 1759–1763 durch weitere Reformen und Tarifierneuerungen, vor allem aber durch Verpachtung der Zölle an den Einnehmer Giuseppe Ronchi. Mit dem *Generalappalto* der Zölle im Zeitraum 1760–1767 „privatisierte“ die Regierung (ähnlich wie bereits im Mantuanischen) das Zollwesen und übertrug einem Unternehmer die Führung des Netzes von Zollstätten. Nach erfolgreichem Aufbau des Systems nahm die Regierung den Zoll wieder in eigene Regie und holte den Privatunternehmer Ronchi in ihre Dienste.

Der Reformanlauf war charakterisiert durch wachsende Effizienz des Zollsystems, das jedoch weiterhin durch Binnenzölle entlang der Verkehrsrouten bestimmt war. Der Bozner Handel und der Merkantilmagistrat beobachteten beunruhigt die wachsende Funktionstüchtigkeit des Mautwesens, das den Messehandel stärker kontrollierte, mit Tarifierhöhungen durchgriff und die Abschöpfung erhöhte. Die Regierung suchte vor allem zu verhindern, daß über die Bozner Messen, die vorab dem Handel zwischen auswärtigen Kaufleuten dienten, größere Warenmengen ins Land einsickerten. Die Bozner konterten mit dem Argument, die Messen dienten ausschließlich dem Transithandel, ohne die einheimische Produktion durch Absatz von Waren im Lande zu gefährden.

Inzwischen unterschied ein neuer Zolltarif 1766 klar zwischen Ausfuhr, Einfuhr- (Consumo-) und Transitzöllen; er kam Bozner Wünschen deutlich entgegen, da er neben der Durchfuhr von Triest auch die für die Bozner Messen bestimmten Waren durch Zollerleichterungen privilegierte. Auch der institutionelle Umbau der Regierungsstellen in Innsbruck und Wien, der für anhaltende Unruhe und administratives Chaos gesorgt hatte, war vorerst abgeschlossen: Die 1763 eingerichteten Gubernien waren Länderregierungen mit klarer Aufgabengliederung, parallel zur Reform in Wien, wo man nach Versuchen mit einer Superregierung, dem *Directorium in politicis et cameralibus*, grundsätzlich zu einer Arbeitsteilung zwischen Hofkanzlei und Hofkammer gelangt war.

Die in Tirol realisierten Reformansätze der Zölle entsprachen bis um 1775 zwar den Interessen der regionalen Eliten, trugen dabei jedoch ein hinreichendes Maß an Rationalisierungs- und Verbesserungspotenzial in sich, das der Ausbildung eines österreichischen Staats- und Wirtschaftsraums entgegenkam. Das Verhältnis zwischen Bozner Handel, Merkan-

tilmagistrat, Landständen, dem Innsbrucker Gubernium und den Wiener Regierungsstellen war entsprechend ausgewogen und stand im Zeichen der Kooperation.

Ab 1775 kippte die Balance der Interessen jedoch ziemlich rasch: Zum einen griff das sogenannte Prohibitivsystem, das Einfuhrverbot bestimmter Fertigwaren zum Schutz der einheimischen Gewerbeherzeugung, auch auf Tirol über, vor allem aber stellte sich mit der Schaffung eines einheitlichen österreichischen Zollgebietes – wie oben beschrieben – ab 1775 die Frage der Integration Tirols mit neuer Schärfe. 1777 wurde zunächst das Hochstift Trient mittels Zolltraktat in die Tiroler Zollgebiet einbezogen – zweifellos ein wichtiger Schritt nach vorn. Und ab 1778 suchten Innsbruck und Wien auch die Bozner Messen verstärkt zu kontrollieren und allfällige Warenabflüsse aus den Messen in die Region zu unterbinden. Alle nach Bozen geführten Waren sollten in einem neuen Zollhaus zunächst gekennzeichnet werden, ehe sie zum Marktgeschäft freigegeben wurden. Zudem wurde am 1. Mai 1780 ein neuer, hochgradig verschärfter Zolltarif quasi im Handstreich eingeführt. Er sorgte spontan für Chaos und Alarmstimmung auf der Bozner Frühjahrmesse und trieb den Merkantilmagistrat als Vertreter der Bozner Interessen zur massiven Intervention.

Der Machtkampf, der ab 1780 zwischen Wiener und Innsbrucker Regierungsvertretern einerseits und dem Bozner Handel andererseits ausbrach, gehört zu den spannendsten Kapiteln nicht nur des Buches, sondern der Landesgeschichte des 18. Jahrhunderts. Eine dichte Überlieferung, die sich vorwiegend im Archiv des Merkantilmagistrates (Südtiroler Landesarchiv) erhalten hat, mit ausführlichen Korrespondenzen und Diarien, ermöglicht eine chronologisch beinahe lückenlose Rekonstruktion der Ereignisse bis zur Aufhebung des Zolltarifs 1783. Die Vertreter des Merkantilmagistrats, der Kanzler Johann Peter v. Eyrl, dazu die Konsuln Josef und Franz von Gumer sowie Franz Dominikus Graff führten zielbewußte Gegenaktionen in Innsbruck und Wien, wobei sie mit Geldgeschenken an einflußreiche Persönlichkeiten nicht geizten. So war der Innsbrucker Gouverneur Gottfried Graf Heister fest in der Hand der Bozner, die ihren Gönner immer wieder ersuchten, durch hohe Beträge „unser Herz sprechen lassen zu dürfen“ (S. 294), deren Gesamthöhe Bonoldi annähernd erfaßt hat. Daß es gelang, die zollpolitische Integration Tirols in den Rahmen der Habsburgermonarchie wiederum zu kippen und sie um Jahrzehnte zu verzögern, war das Sensationsergebnis des skrupellosen *lobbyings* der Bozner Partei im Verein mit den Tiroler Landständen. Insgesamt ließ sich eine Komplementarität Tirols und der meisten

übrigen Erbländer durch Strukturreformen allein nicht erzwingen.

Neben den Wechselfällen der Zollpolitik zeichnet Bonoldi ein Mosaik der Verkehrsströme durch Tirol während des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Der Trend steter Verkehrszunahme ab 1760, die durch konjunkturelle und politische Wechselfälle jedoch immer wieder einbrach, die teilweise Verlagerung des Güterverkehrs von der Brenner- auf die Pusteraleroute sind mit dem methodisch anspruchsvollen Parameter *intra-industry-trade* analysiert.

Schwächen des Buches sind die zu wenig gestraffte Darstellung, die durch penible Rekonstruktion und Vertiefung von Details die Übersicht verstellt. Die zu grobe Kapitelgliederung mit langen Exkursen zu Einzelaspekten verwässert die Themenführung und strapaziert den Leser oft über Gebühr. Eine Reduktion des Textes um rund 80 Seiten hätte mit einer zusätzlichen Feingliederung die Argumentation und Exposition nicht beeinträchtigt und die Rezeption von „La fieria e il dazio“ bedeutend erleichtert.

Trotz solcher Mängel wird Bonoldis Buch die Sicht auf Tirol im 18. Jahrhundert nachhaltig verändern. Es bietet nichts weniger als eine Reinterpretation der Landesentwicklung unter wirtschaftlichen, aber auch unter politischen Gesichtspunkten: Die Transitlastigkeit der Wirtschaft, die Ausbildung eines landesspezifischen, auch ökonomisch unterfütterten Sonderbewußtseins, die Durchsetzungskraft regionaler Sonderinteressen sind in ihrer Verflechtung exakt markiert. Der Rahmen der Erbländer und des österreichischen Staatsbildungsprozesses gewinnt in der Synopse zwischen Region und Gesamtstaat neue Tiefenschärfe. Daß die Quellenbasis regionaler (Tiroler Landesarchiv, Südtiroler Landesarchiv) und staatlicher Archive (Hofkammerarchiv Wien) umfassend genützt wird, daß auch die souveräne Kenntnis der einschlägigen lokalen und internationalen Literatur in das Buch einfließt, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Vor allem regt das Buch eine Fülle weiterführender Fragen an, deren Beantwortung seit langem aussteht. „Materia per altri studi“ (S. 380) wäre vorab eine Untersuchung der protoindustriellen Voraussetzungen Tirols, die Analyse der Verdichtung von gewerblichen Zonen in Stadt und Land zwischen Rovereto (Seidenverarbeitung), Oberinntal (Baumwollverarbeitung) oder dem Hochpustertal (Hutmacherei) seit 1750 samt ihren demografischen Folgen. Neben den internationalen Standardwerken zur Protoindustrialisierung bietet hier eine Reihe jüngerer Arbeiten zu den österreichischen Erbländern vielfältige Anregungen.² Und hierzu gehörte eine umfassende Agrargeschichte, die ältere und jüngere Forschungen, zumal die Fülle der Einzeluntersuchungen, endlich bündeln würde. Eine Grund-

lagenarbeit wie „La fiera e il fazio“ mahnt neuerdings zur Erfüllung solcher Desiderate, deren rasche Einlösung freilich noch fern scheint.

Hans Heiss

- 2 Andrea KOMLOSY, *An den Rand gedrängt. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des oberen Waldviertels*, Wien 1988; Hubert WEITENSFELDER, *Interessen und Konflikte in der Frühindustrialisierung. Dornbirn als Beispiel* (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 18), Frankfurt am Main/New York 1991. Zusammenfassend: Markus CERMAN, *Proto-industrielle Entwicklung in Österreich*, In: DERS./Sheilagh C. OGILVIE (Hg.), *Proto-Industrialisierung in Europa* (Beiträge zur historischen Sozialkunde, Beiheft 5), Wien 1994, S. 161–175.

Matthias Rettenwander, *Stilles Heldentum? Wirtschafts- und Sozialgeschichte Tirols im Ersten Weltkrieg*

(*Tirol im Ersten Weltkrieg: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, hg. von Richard Schober, Bd. 2), Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1997, 392 Seiten, 32 Abbildungen.

Nach einem etwas enttäuschenden Beginn¹ gibt Matthias Rettenwander der von Richard Schober herausgegebenen Reihe zur Geschichte Tirols im Ersten Weltkrieg ein klares Profil. Der Verfasser legt eine umfangreiche Studie zur wirtschaftlichen Lage Tirols und deren Einfluß auf die Tiroler Heimatfront vor. Gestützt auf eine reiche Quellenbasis aus dem Tiroler Landesarchiv in Innsbruck sowie aus dem Österreichischen Staatsarchiv in Wien, leistet Rettenwander einiges: Kompetent schildert er die Ausgangsposition der Tiroler Wirtschaft und präsentiert dann eine gelungene Aufarbeitung der Wirtschaftspolitik der Zentralregierung und der Lebensumstände der Bevölkerung. Im letzten Abschnitt beschäftigt sich der Autor mit gesellschaftlichen Konflikten und politischer Radikalisierung. Mit dieser Themenwahl können selbstredend nicht alle historiographischen Lücken zum Thema Tirol im Ersten Weltkrieg geschlossen werden. Zu hinterfragen ist an dieser Stelle aber, inwieweit Rettenwander sein selbstgestecktes Ziel, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Tirols aus „einer gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive“ (S. 11) zu rekonstruieren, tatsächlich umgesetzt hat. Angesichts des Mangels an ausführlichen Arbeiten² zu den im Buch besprochenen Themenbereichen ist Rettenwanders Versuch grundsätzlich zu begrüßen.

1 Gerd PIRCHER, *Militär, Verwaltung und Politik in Tirol im Ersten Weltkrieg*, Innsbruck 1995.

2 Siehe aber die Beiträge im Band von Klaus EISTERER/Rudolf STEININGER (Hg.), *Tirol und der Erste Weltkrieg* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 12), Innsbruck/Wien 1995.

In erster Linie muß das Bemühen des Verfassers hervorgehoben werden, sich von der älteren Literatur zu distanzieren: Weder macht er eine Wiederholung der „Heldentaten des Gebirgskrieges“ zu seinem Anliegen, noch läßt er tradierte Bilder zu dieser oft verklärten Periode der Tiroler Zeitgeschichte unhinterfragt. Das „Stille Heldentum“ des Titels, das als Motto zahlreicher klischeehafter Darstellungen zur „Opferbereitschaft und Treue“ hätte dienen können, konterkariert er mit einem tiefen Einfühlungsvermögen in die alltäglichen Schwierigkeiten der Menschen. Dabei setzt er sich zum Ziel, gesellschaftliche Spannungen und Konflikte mit den Obrigkeiten als integralen Bestandteil der Tiroler Kriegserfahrung zu begreifen. Während andere Autoren den Weltkrieg als grundlegende Zäsur in der Tiroler Geschichte aus wohlbekanntem Gründen beschrieben haben (die Verluste im Gebirgskrieg bzw. an der Ostfront, in erster Linie aber die „Zerreißung“ des Landes nach dem Kriegsende), interpretiert Rettenwander jene Zäsur aus anderer Perspektive. Seines Erachtens erhielt der schon im späten 19. Jahrhundert einsetzende soziale Radikalisierungsprozeß in der Krisensituation des Krieges eine „ideologische Aufladung“ und „zusätzliche Sprengkraft“. So markiert der Erste Weltkrieg einen gesellschaftspolitischen Bruch, entlang dessen sich die Konflikte und Spannungslinien der Ersten Republik kristallisierten.

Als Ausgangspunkt seiner Überlegungen wählt Rettenwander die Kriegsgesetzgebung, worunter er sowohl die Vorbereitungsmaßnahmen der unmittelbaren Vorkriegsjahre, als auch die mit dem Ausbruch des Krieges getroffenen Vorkehrungen subsumiert. Für Tirol war die nach dem Kriegseintritt Italiens erfolgte kaiserliche Verordnung vom 23. Mai 1915 maßgebend, weil sie die rechtliche Grundlage für weitreichende Eingriffe des Militärs in die Verwaltung des Landes bildete. Die dadurch entstandene Militarisierung des administrativen Apparates schuf den Rahmen für die wirtschafts- bzw. sozialpolitischen Entscheidungsprozesse in Tirol. Erst mit der Wiedereinberufung des Landtages bzw. des Reichsrates im Jahr 1917 wurde die diktatorische Machtstellung der Heeresleitung in Frage gestellt; in der Praxis blieb die Vorrangstellung des Militärs fast bis zum Ende des Krieges aufrecht.

Kern der Arbeit bildet im Anschluß an die gesetzlichen Verordnungen der österreichischen Regierung die sozioökonomischen Entwicklungen während des Krieges. Rettenwander gliedert seine Analyse nach den verschiedenen Sektoren der Tiroler Wirtschaft: Die Landwirtschaft steht selbstverständlich an erster Stelle; weitere Unterkapitel behandeln Industrie und Gewerbe, sowie den Dienstleistungssektor (Handel, Verkehr und Tourismus). Der Verfasser macht deutlich, wie katastrophal sich der Krieg

auf alle Zweige der Tiroler Wirtschaft ausgewirkt hat – was nicht überrascht, da als Tatsache bereits hinlänglich bekannt. Das Verdienst Rettenwanders ist es aber, diese Entwicklung detailliert nachzuvollziehen, um dann einen überzeugenden Überblick zu liefern. Durch vergleichende Hinweise auf die Entwicklung in anderen Alpenländern der österreichisch-ungarischen Monarchie wird die Besonderheit der Tiroler Situation deutlich.

Als vorwiegend agrarisches Land stand Tirol vor der Aufgabe, sowohl große Heereskontingente als auch die eigene Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Rettenwander zeigt, wie schwierig dies in einer traditionell auf Getreideimporte angewiesenen Gebirgsregion war. Zu den strukturellen Grenzen der Produktionssteigerung kamen bald neue Probleme hinzu: die Tierrequirierung des Militärs, Mangel an Saatgut und Düngemitteln, vor allem aber Mangel an Arbeitskräften. Letzteres wurde dann zur Hauptursache für die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung mit der militärischen Verwaltung. Die Tatsache, daß das Militär bereits 1914 keine Beurlaubung zur Erntezeit bewilligte, erschwerte nicht nur die Feldarbeit in jenem Jahr, sie erzeugte auch großes Mißtrauen bei den Bauern. Wie Rettenwander sorgfältig belegt, stiegen im Verlauf des Krieges die Spannungen zwischen der ländlichen Bevölkerung und dem Militär immer mehr. Da die Gesamtfläche des bebauten Ackerlandes, die Ernteerträge und der Viehbestand sanken, brachten die Bauern immer weniger Verständnis für die zentralistischen Maßnahmen der Militärverwaltung auf. Darüberhinaus fühlten sie sich besonders benachteiligt, als das Land zum Frontgebiet wurde: Die Forderung der Regierung, Tirol solle für die Ernährung der auf seinem Boden stationierten Truppen selbst aufkommen, bedeuteten laut Rettenwander eine „überdurchschnittliche“ Belastung der Bevölkerung verglichen mit anderen Kronländern wie der Steiermark, Salzburg oder Kärnten.

Rettenwander ist der Meinung, daß die enttäuschenden Ergebnisse der Aktion zur Zeichnung von Kriegsanleihen ein eindeutiger Beweis für die wachsende Mißstimmung unter der Bevölkerung sind. Gerade hier, im Zentrum des patriotischen Bemühens staatlicherseits, zeigte sich das gespannte Verhältnis zwischen den Vertretern des landwirtschaftlichen Sektors und der Zentralregierung: Sogar der Landeshauptmann und Bauernbundführer Josef Schraffl wurde verdächtigt, Sparkassen und Kreditinstitute von einer Unterstützung der Anleihenaktion abgeraten zu haben.

Neben den vielseitigen Spannungen zwischen Provinz und Zentrum einerseits, und zwischen der am Land lebenden Mehrheit der Bevölkerung und dem Militär andererseits, gab es auch andere Probleme und zwar im